

**Abschlussrede von Karl-Heinz Lambertz, Parlamentspräsident
der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und Präsident
der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen
anlässlich der Vorstandssitzung der AGEG und des
Minoritätenforums in Sonderborg**

17. Juni 2015

Sehr geehrten Damen und Herrn,
liebe Freunde der FUEV und der AGEG,

ich werde an dieser Stelle keine Zusammenfassung dessen machen, was am heutigen Tag gesagt wurde, sondern eher einige Kommentare hinzufügen und den Versuch unternehmen, etwas in die Zukunft zu blicken.

Ich freue mich, dass wir diese gemeinsame Tagung der FUEV und der AGEG heute hier zu Stande gebracht haben, denn es gibt zwischen den Tätigkeiten dieser beiden Organisationen eine ganze Menge an Schnittmengen, für die ich selbst ganz besonders sensibel bin, weil meine Heimatregion, die deutschsprachige Region Belgiens, bei beiden Organisationen Mitglied ist und sich sowohl als eine Grenzregion als auch eine Minderheit versteht.

Diese besondere Situation teilt sie im Übrigen mit vielen anderen Regionen – ganz besonders mit zweien, die heute hier anwesend sind: Nord-Schleswig und Südtirol. Wenn man Ostbelgien hinzufügt, sind fast alle Himmelsrichtungen vertreten. Diesen drei Regionen ist nicht nur gemeinsam, dass sie die Heimat deutschsprachiger Minderheiten bilden. Auch ihre Geschichte hat ihnen vom selben Augenblick an Wichtiges mit auf den Weg gegeben. Wenn man die Situation dieser drei Minderheiten in ihrer jeweiligen Grenzregion verstehen will, muss man sich intensiv mit dieser Geschichte und insbesondere mit den Pariser Vorortverträgen nach dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzen. Dabei wird man feststellen, dass damals für viele Regionen Europas wichtige Weichenstellungen vorgenommen wurden – Weichenstellungen, die zeigen, dass Verhältnisse von „Minderheit“ und „Mehrheit“ in einem Staat nicht „einfach so“ vorhanden sind, sondern sich oft aus der Vergangenheit ergeben. Auf die entsprechenden Entscheidungen hatten die betroffenen Minderheiten selbst in den meisten Fällen kaum einen Einfluss. Das hat damit zu tun, dass Grenzen verschoben und dadurch plötzlich die Lebensbedingungen der Menschen total auf den Kopf gestellt werden. Um dies zu erläutern, zitiere ich gerne das Beispiel meiner beiden Großväter: Sie waren bodenständige Bauern, die im Laufe ihres Lebens drei Mal die Nationalität wechselten, obwohl sie ihr Dorf kaum verlassen haben. Sie wurden als Deutsche geboren, wurden dann Belgier, danach wieder Deutsche, schließlich erneut Belgier und das alles vor dem Hintergrund zweier Weltkriege. So etwas hinterlässt Spuren, die man bis in die heutige Zeit nachverfolgen kann. Mit diesen historischen Bezügen hat sowohl die FUEV als auch die AGEG eine ganze Menge zu tun, wenn sie sich mit ihrem *core-business* beschäftigen.

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, ob Minderheiten und Grenzregionen lediglich Relikte der Geschichte sind. Und dies nicht nur, wenn man ein Geschichtsbuch schreibt. Das eigentliche Potenzial von Minderheiten und Grenzregionen liegt in der Gegenwart und in der Zukunft. Diese Tatsache ist heute noch aktueller als in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Potenzial von Grenzregionen und von Minderheiten hat etwas mit dem Erhalt, der Entwicklung und der Verdichtung von Identitäten unter besonderen Bedingungen zu tun. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Mitglieder von Minderheiten und Bewohner von Grenzregionen der lebende Beweis dafür sind, dass vor allem derjenige die Zukunft richtig einzuschätzen vermag, der sich nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit dem Rest der Welt beschäftigt. Um als Mensch – aber auch als Gebietskörperschaft oder Volksgruppe – erfolgreich handeln zu können, muss man gleichermaßen tief in der eigenen Identität verankert und zudem bereit, gewillt und in der Lage sein, sich möglichst breit mit anderen zu vernetzen. Davon können Minderheiten und Grenzregionen ein besonderes Zeugnis ablegen. Diese Einsicht ist im Übrigen für regionale Entwicklung insgesamt von größter Bedeutung.

Die Vernetzung über die Grenzen hinweg ist gerade in der aktuellen europäischen Situation wahrlich von unschätzbarem Wert. Wer hätte sich vor zehn oder 15 Jahren vorstellen können, dass wir solche Konfliktsituationen in Europa erleben würden, wie wir sie heute vielerorts kennen. Wahrlich, es ging Europa schon viel besser! Eine gewisse Zeit lang schien es so, als ob die Lehren aus zwei Weltkriegen, die unseren Kontinent gezeißelt haben, gezogen worden wären. Aber die Wirklichkeit sieht heute ganz anders aus. Selbst der Verzicht auf Gewalt, der eine fundamentale Voraussetzung für zivilisiertes Handeln ausmacht, ist keineswegs Allgemeingut. Gerade weil wir an den europäischen Grenzen solche Konflikte erleben, die das friedliche Zusammenleben der Menschen in vereinter Vielfalt gewaltsam in Frage stellen, müssen wir als Minderheiten und Grenzregionen mit unserer Geschichte und unserer Gegenwart einen Beitrag zur richtigen Weichenstellung für die Zukunft leisten, indem wir uns möglichst laut Gehör verschaffen. Dabei können wir uns auf unsere geschichtlich begründete Glaubwürdigkeit als Vertreter von Volksgruppen oder Regionen berufen, die häufig mit Wunden aus der Vergangenheit zu kämpfen hatten. Daraus sind inzwischen vielerorts starke Schweißnähte für den europäischen Zusammenhalt und das Zusammenleben der Völker in Europa entstanden. Das können und sollen wir als Minderheiten und Grenzregionen ganz besonders deutlich aus der eigenen Erfahrung zum Ausdruck bringen. Und das ist etwas, das in der Tat nicht nach hinten, sondern nach vorne gerichtet ist. Daraus lassen sich besonders interessante Stärken und Alleinstellungsmerkmale für die Zukunftsgestaltung entwickeln. Dies wird in hervorragender Weise in der zu Beginn des heutigen Tages zitierten Kompetenzstudie aus dem Jahr 2007 dargestellt, die damals EURAC und EIPA durchgeführt haben und die auch heute noch von höchster Aktualität ist.

Wir können aus den Wunden der Geschichten starke Nahtstellen für die Fortentwicklung des territorialen Zusammenhalts in Europa entwickeln und ich denke, dass alle, die aus Minderheiten und Grenzregionen stammen, in

übergroßer Mehrheit davon überzeugt sind, dass wir eine Weiterentwicklung der europäischen Integration brauchen. Die Rückkehr zu nationalistischen oder regional-nationalistischen Konzepten kann nicht die Zukunft unseres Kontinentes bedeuten.

Vor diesem Hintergrund spielt es natürlich eine große Rolle, ob wir in der Lage sind, uns erfolgreich gewissen Herausforderungen zu stellen. Einen wichtigen Aspekt bildet dabei die vorhin erwähnte Sprachenvielfalt. Zu diesem Thema möchte ich das sehr starke Bild in Erinnerung rufen, das Frau Schnack eben mit folgendem Satz auf den Punkt brachte: "Mit Englisch kommen Sie durch, aber mit der Sprache des Nachbarn kommen Sie weiter." Genau darum geht es! Natürlich muss jeder genügend Englisch können, um beispielsweise in der Lage zu sein, sich mit einem Chinesen zu unterhalten. Englisch braucht man ganz natürlich als *lingua franca* im Alltag der europäischen Arbeit – etwa auf der Ebene der Europäischen Union oder des Europarats. Selbst wenn die Briten irgendwann beschließen sollten, aus der EU auszutreten, wird das Englische nicht mehr von dieser Pool-Position wegzubringen sein. Das hat die Geschichte definitiv geklärt. Aber die Sprache des Nachbarn zu beherrschen ist etwas, das von nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung ist. Sie ermöglicht einen viel tieferen Zugang zu den Köpfen und Herzen der Menschen – und sogar zu deren Mägen, denn die kulinarische Dimension interkultureller Kommunikationskompetenz ist nicht zu unterschätzen. Die Sprache des Nachbarn ist wichtig und das Erlernen von Sprachen ist die beste Art und Weise, die Vielfalt als ganz besonderes Alleinstellungsmerkmal unseres Kontinentes zum Erblühen zu bringen. Dabei kommt den weniger gesprochen und den bedrohten Sprachen übrigens eine besondere Bedeutung zu. Je mehr Sprachen gelernt werden, desto besser klappt das mit dem Zusammenhalt in Europa.

Lassen sie mich zum Schluss meiner Ausführungen kommen.

Wie können wir gemeinsam auf europäischer Ebene aktiv werden? Wir brauchen interregionale Kontakte zwischen Minderheiten und Grenzregionen. Dafür stehen unsere beiden Organisationen und sie können durch engere Zusammenarbeit noch gezielter gemeinsam Ergebnisse erzielen.

Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, uns da zu positionieren, wo Europa institutionell weiterentwickelt wird. Hierbei sollte man neben der Europäischen Union den Europarat nicht vergessen. Er steht zwar ein bisschen im Schatten der EU, aber gerade die aktuelle Entwicklung in den östlichen Teilen des europäischen Kontinents macht deutlich, wie wichtig es ist, auch in äußerst schwierigen Zeiten in der Lage zu sein, innerhalb einer internationalen Organisation zwischen Partnern den Dialog nicht abbrechen zu lassen. Immerhin teilen alle Mitglieder zumindest theoretisch die Grundwerte des Europarates was Menschenrechte, Gewaltverzicht und Demokratie angeht – also auch Russland und die Ukraine. Deshalb haben wir als FUEV und AGEV ein ganz spezifisches Interesse daran, innerhalb des Europarates beispielsweise in dessen Kongress der Gemeinden und Regionen aktiv zu sein und uns einzubringen. Denn so wie eben auch von Frau Schnack richtig gesagt wurde: „Minderheitenpolitik ist immer

auch Sicherheits- und Menschenrechtspolitik und nicht nur das Schützen irgendwelcher exotischer Besonderheiten.“

Ganz besonders groß sind die Herausforderungen natürlich auf Ebene der Europäischen Union. Es ist höchst bedauerlich, dass das Minderheitenthema dort nur sehr marginal zum Zuge kommt und beispielsweise das Bürgerbegehren für den *Minority SafePack* noch nicht zum Erfolg gebracht werden konnte, sondern sogar den mühseligen Weg zum Europäischen Gerichtshof einschlagen musste. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist ungewiss, doch wir sollten immer im Auge behalten, dass es nicht das eigentliche Ziel dieser Initiative sein kann, irgendeinen Prozess zu gewinnen. Nein, das eigentliche Ziel muss vielmehr darin bestehen, mehr Akzeptanz und Zustimmung für die Anliegen der Minderheiten und der Minderheitensprachen auf europäischer Ebene zu finden. Denn schon bei den Beitrittsverhandlungen im vorigen Jahrhundert und bis heute ist es so, dass viele das Thema Minderheiten als etwas Marginales ansehen, das in den Staaten selbst zu regeln ist. Das ist nicht die richtige Vorgehensweise. Gerade am Umgang mit ihren Minderheiten kann man die Europäische Union messen und erkennen, ob sie es mit den im Lissabonvertrag stehenden Prinzipien ernst meint oder ob das Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt nur ein Lippenbekenntnis und keine wirklich ernst gemeinte politische Zielsetzungen der europäischen Integration ist.

In Grenzregionen ist die Ausgangslage vielleicht etwas einfacher. Das hat damit zu tun, dass Europa der Kontinent mit der größten Grenzdichte ist. Überall stößt man sehr schnell an eine innereuropäische Grenze. Dabei ist die Vorstellung, der europäische Binnenmarkt habe die Grenzen weggezaubert, natürlich nur eine Illusion. Die Grenzen sind in der Tat durchgängiger geworden, was wiederum große Probleme an den Außengrenzen – gerade in Migrationfragen – mit sich bringt. Allerdings hat der Wegfall der europäischen Binnengrenzen keineswegs die Grenzen in den Köpfen und Herzen der Menschen sowie in den Wirklichkeiten der europäischen Staatengemeinschaft verschwinden lassen. Die Grenzen sind unsichtbarer geworden und je öfter sie überschritten werden, desto größer können die Probleme sein, die dabei entstehen. Das ist etwas, wovor auch die Europäische Union nicht mehr die Augen verschließen kann. Nicht zuletzt dank der beständigen Arbeit der AGEK ist diese Erkenntnis in die inhaltlichen Zielsetzungen und praktischen Schwerpunkte der europäischen Integrationspolitik – etwa in die Förderrichtlinien des Regional- und des Sozialfonds – mit eingeflossen.

Dennoch bleibt in diesem Bereich noch sehr viel zu tun und ich denke, dass wir gerade als Grenzregionen einen großen Nachdruck darauf legen müssen, dass das Instrument des *territorial impact assessment* angewandt wird, um Folgeabschätzungen von Entscheidungen auf europäischer und innerstaatlicher Ebene vorzunehmen. Dieses Instrument auch gezielt als „Grenzverträglichkeitsprüfung“ einzusetzen würde der Achtsamkeit für die Belange von Minderheiten und Grenzregionen eine ganz besondere Dimension verleihen. Dafür setzt sich die AGEK mit Nachdruck ganz konkret und konsequent ein.

Wir können durch Instrumente der Europäischen Union, wie etwa den EVTZ – so wie wir das am Tiroler Beispiel vorhin gehört haben – eine ganze Menge an neuen Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Aber Rechtsinstrumente alleine werden unsere Probleme nicht lösen. Letztlich kommt es entscheidend darauf an, dass die Bereitschaft besteht, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten und zu beweisen, dass an den Grenzen Europas der entscheidende Schub für eine bessere politische Integration unseres Kontinentes entwickelt werden kann.

In diesem Sinne möchte ich mit einem Satz schließen, der mir heute ganz besonders gefallen hat und den wir zu Beginn unserer heutigen Sitzung gehört haben: „Minderheiten haben definitiv etwas zu bieten!“ Ich möchte ihn um zwei Worte erweitern: „Minderheiten und Grenzregionen haben definitiv etwas zu bieten!“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.